MASS-VOLL!

Die Bewegung für Freiheit, Souveränität und Grundrechte

An den Schweizer Bundesrat und
an das Schweizer Parlament

Zürich, den 25. Juli 2024

General-Amnestie und umfassende Aufarbeitung der Corona-Politik!

Sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Im Bestreben, den Bund zu erneuern und die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden, wenden wir uns heute an Sie. Am 23. Juli 2024 wurden die RKI-Protokolle vollständig veröffentlicht. Diese zeigen klar auf, dass die Corona-Zwangsmassnahmen weder moralisch richtig, noch wissenschaftlich fundiert noch grundrechtskonform waren. Heute steht zweifelsfrei fest:

- *Von Ungeimpften ging nie eine Gefahr aus. Ungeimpfte sind nach einer COVID-Infektion «im Grunde immun».*
- *Die Diskriminierung der Ungeimpften kannte keine wissenschaftliche Grundlage: «In den Medien wird von einer Pandemie der Ungeimpften gesprochen. Aus fachlicher Sicht nicht korrekt.»*
- *Geimpfte erkranken schwerer an COVID als Ungeimpfte.*
- *Es gibt keine fachliche Begründung für die Maskenpflicht.*
- *Die mRNA-Spritze schützt nicht vor Ansteckung: «Es gibt keine Anzeichen, dass Impfungen an Ausscheidungen etwas ändern».*

Noch im Dezember 2021[1] erhöhte BAG-Direktorin Anne Lévy den Druck auf Ungeimpfte und machte sie dafür verantwortlich, dass die sogenannte Pandemie noch nicht vorbei sei und bald mit 2G härtere Grundrechtsverletzungen drohen. Ungeimpfte waren im Herbst 2021 Staatsfeinde: Hass, Gewalt und Hetze schlug ihnen von allen Seiten entgegen. Entscheidungsträger wie die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli wollten Ungeimpften gar medizinische Hilfe im Notfall verweigern,[2] sie mithin als Menschen zweiter Klasse elendiglich sterben lassen.

Wir appellieren an Sie, setzen Sie sich ehrlich mit den Inhalten der RKI-Protokolle auseinander. Diese finden Sie auf: *rki-transparenzbericht.de*.

[1] nau.ch/amp/news/schweiz/coronavirus-bag-chefin-levy-hat-kein-verstandnis-fur-ungeimpfte-66065327
[2] tagesanzeiger.ch/impfgegner-muessten-eigentlich-auf-eine-intensivbehandlung-verzichten-564389128316

Es wäre absurd, anzunehmen, dass nicht auch die Schweizer Entscheidungsträger diese Fakten kannten und wider besseres Wissen sprachen und handelten. Erinnern wir uns: Die Schweizer Bevölkerung wurde durch restriktive Massnahmen wie Kontaktverbote, Lockdowns, Zertifikatspflicht, Maskenpflicht, Schulschliessungen und weitere Einschränkungen massiv beeinträchtigt. Bis heute leiden viele Bürger unter gesundheitlichen, sozialen, psychischen sowie finanziellen Schäden. Die Corona-Politik hatte keine faktische Grundlage. Mit Fortbestand und Revision des EpG droht jederzeit eine unsägliche Wiederholung all der begangenen Fehler.

Infolgedessen fordert die Bürgerrechtsbewegung MASS-VOLL!:

General-Amnestie für sämtliche Opfer der Corona-Justiz:

- **Aufhebung sämtlicher Bussen und Strafen, die aufgrund der menschenverachtenden Corona-Zwangsmassnahmen erteilt wurden, inklusive der Sanktionen für falsche Impfpässe, Maskenatteste oder Impfverweigerung (Soldaten etc.).**

Öffentliche Entschuldigung von Schweizer Bundesrat und Parlament:

- **Anerkennung der Fehler und eine Entschuldigung gegenüber den Betroffenen.**
- **Schonungslose Aufarbeitung aller politischen Entscheidungen bezüglich Covid-19.**
- **Strafverfolgung aller Entscheidungsträger, die gegen Ungeimpfte hetzten oder zur experimentellen mRNA-Injektion nötigten.**

Einführung einer primären Haftung des Bundes bei empfohlenen Impfungen für Impfschäden und zwingender Rückgriff des Bundes auf die Hersteller.

Vollumfängliche Zurückweisung der angedachten EpG-Revision und ersatzlose Abschaffung des EpG.[3]

Haben Sie den Mut für Wiedergutmachung, Versöhnung und Gerechtigkeit. Es ist höchste Zeit, die menschenverachtenden Zwangsmassnahmen und deren Folgen aufzuarbeiten, damit Ruhe und Versöhnung in unserer Gesellschaft den ihr gebührenden Platz erhalten. Nur so können wir die Gräben in der Gesellschaft schliessen und als Nation gestärkt aus diesen leidvollen Jahren hervorgehen.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffen auf Ihre Unterstützung zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit und Vertrauen in unsere Schweiz,

Dr. Barbara Müller	Nicolas A. Rimoldi	Dr. Markus Zollinger
Kassier	**Präsident**	**Aktuar**

[3] Eingehend dazu hier: mass-voll.ch/epg